

## Medienmitteilung vom 12. Oktober 2013

*EDU-Parolen für den 24. November*

### **Nein zur 1:12-Initiative Ja zur Familieninitiative Nein zum Nationalstrassenabgabegesetz**

*Unter der Leitung ihres Präsidenten Hans Moser fassten die rund 50 Delegierten der EDU Schweiz am 12. Oktober 2013 in Uster (Stiftung Wagerenhof) ihre Parolen für die Volksabstimmung vom 24. November 2013: Nein zur Volksinitiative "1:12 – für gerechte Löhne", Ja zur Familieninitiative und Nein zur Vignetten-Vorlage.*

Nach den Grussworten des EDU-Präsidenten Hans Moser, des Vizepräsidenten Roland Haldimann und dem Heimleiter der Stiftung Wagerenhof, Luzius Voigt, debattierten die Delegierten über die drei Abstimmungsvorlagen vom 24. November 2013:

#### **1. Volksinitiative vom 21. März 2011 "1:12 – für gerechte Löhne": NEIN**

(pro) Mattea Meyer, Kantonsrätin SP/JUSO, ZH, erklärte, was die Initiative will: „Niemand soll in einem Jahr weniger verdienen als ein Topmanager in einem Monat verdient. Wir wollen eine einfache und verbindliche Regel festlegen, damit die Löhne der Manager in Zukunft nur noch im Gleichschritt mit den Löhnen der Angestellten steigen können. Damit schaffen wir gerechte Löhne für alle.“

(kontra) NR Toni Bortoluzzi, SVP ZH, hielt dem entgegen: „Die Betriebe gehören nicht dem Staat. Bisher hat er die Finger davon gelassen und dies wurde von den Sozialpartnern begrüsst.“ Mit der Annahme dieser Initiative würde der Staat zu stark in die Betriebe und die Vertragsfreiheit eingreifen, und das gehe nicht.

Die DV der EDU Schweiz beschliesst die Nein-Parole (Ja: 3, Nein: 42, Enth.: 1).

#### **2. Volksinitiative vom 12. Juli 2011 "Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen": JA**

(pro) NR Verena Herzog, SVP TG begann Ihre Argumentation mit einem Zitat von Jeremias Gotthelf: „Zu Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.“ Was will die Initiative: Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, sollen den gleich hohen Steuerabzug geltend machen können wie Eltern, die Ihre Kinder gegen Bezahlung durch Drittpersonen betreuen lassen. Stopp der Diskriminierung. Die Initiative will die Familien stärken und fordert gleich hohe Steuerabzüge für alle Familien mit Kindern, keine Verstaatlichung der Kinder sowie tiefere Steuern, Gebühren und Abgaben für alle.

Kontra-Argumente des Bundesrates:

Die Einführung des Abzugs für die Drittbetreuung der Kinder würde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Gleichzeitig würde die Erwerbsbeteiligung der Mütter erleichtert. Bei einer Annahme der Initiative entstehe eine steuerliche Ungerechtigkeit und gefährde die bisherigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritte und bevorzuge das traditionelle Familienmodell.

Die Delegierten beschlossen einstimmig die Ja-Parole

### **3. Änderung vom 22. März 2013 des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen. (Preiserhöhung der Autobahnvignette von 40.— auf 100.—Franken): NEIN**

Pro-Argumente des Bundesrates: Gute Verkehrsverbindungen seien wichtig für die Schweiz. Der Bundesrat wolle darum das Nationalstrassennetz mit Strecken erweitern, die in den vergangenen Jahrzehnten nationale Bedeutung erlangt haben. Viele Regionen können so besser erschlossen werden. Dies sei jedoch rechtlich an die Erhöhung des Vignettenpreises gekoppelt.

(kontra) NR Walter Wobmann, SVP SO: Auslöser sei der sogenannte Netzbeschluss. 378 Kilometern Strassen sollen an den Bund gehen. Für den Unterhalt und teilweise Ausbau brauche der Bund Geld. Daher die Idee, die Autobahnvignette zu erhöhen. Innerhalb dreier Monate kam das Referendum mit über 130 000 gesammelten Unterschriften zustande.

Eine Erhöhung von 150 Prozent sei eine unverschämte Preiserhöhung. Der Bund nehme den motorisierten Strassenbenutzern jedes Jahr um die 10 Mrd. Franken an Steuern, Gebühren und Abgaben ab. Davon würden 70 Prozent in die Bundeskasse oder zur defizitären Bahn fliessen. Abgaben auf Vorrat sei abzulehnen, den Schiene und Strasse verfügen nicht über gleich lange Spiesse. Zudem sei das Geld aus der Vignettenpreiserhöhung bereits verplant, daher sei diese Vorlage eine Mogelpackung. Es gebe keine Garantie, dass die frei gewordenen Mittel in Strassenprojekte fliessen werden. Auch werden die Ausländer bevorzugt, denn sie können eine 2-Monatsvignette für 40 Franken kaufen.

Die Delegierten entschieden sich mit 1 Ja, 47 Nein und 4 Enthaltungen für die Nein-Parole.

Am Nachmittag informierte a. NR Markus Wäfler zu aktuellen, laufenden Unterschriftensammlungen für Eidg. Volksinitiativen und Referenden.

#### **Für Rückfragen wenden Sie sich an:**

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Martin Friedli, GL-Mitglied EDU Schweiz, Grossrat BE, 079 848 97 96

Alt Nationalrat Markus Wäfler, 079 331 58 79